

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	106
		<b>TOP:</b>	4
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	
		<b>GZ:</b>	
<b>Sitzungstermin:</b>	20.04.2021		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Pätzold		
<b>Berichterstattung:</b>	-		
<b>Protokollführung:</b>	Herr Häbe / fr		
<b>Betreff:</b>	<b>"Schlechte Luft in Stuttgart:  Neuer Hotspot Talstraße löst Hotspot Neckartor ab"</b> - Antrag Nr. 36/2021 v. 03.02.2021 (SPD) - mündlicher Bericht -		

Vorgang: Ausschuss für Klima und Umwelt vom 26.03.2021, öffentlich  
Ergebnis: Sitzung ist entfallen

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die Herren Kapp (AfU) und Oehler (ASW) berichten im Sinne der Präsentation. Dabei zeigt Herr Kapp die Entwicklung der Luftqualität auf und von ihm wird zudem auf bereits umgesetzte Maßnahmen, auf Maßnahmenideen sowie auf die Ende des Monats zur Umsetzung anstehende Sofortmaßnahme "Erprobung geänderter Verkehrsführung Talstraße", mit Profilmesspunkten an den Gebäuden Talstraße 47 und 49, eingegangen. Er bittet zu beachten, dass es sich bei PM<sub>10</sub> (luftgetragene Partikel mit einem Durchmesser ≤ 10 µg/m<sup>3</sup>) um vorläufige Werte handelt, die die Verwaltung aus Jahresmittel-

werten herausgerechnet hat. Diese Werte seien im Gegensatz zu den Überschreitungstagen relativ verlässlich.

Anschließend beschreibt Herr Oehler die geplante Umgestaltung der Talstraße von der Wagenburgstraße bis zur Kreuzung Tal-/Wangener Straße. Er hebt hervor, dass es sich um eine der Begleitmaßnahmen für den Rosensteintunnel handelt. Alle diese Begleitmaßnahmen hätten das Ziel, die Kapazität auf Strecken zu begrenzen, auf denen umverlagerter Verkehr stattfindet. Verwiesen wird von ihm auf die GRDRs 53/2021 "Verkehrslenkende und städtebauliche Begleitmaßnahmen zum Rosensteintunnel mit B10/B14-Verbindung am Leuze", die am 04.05.2021 im Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik behandelt werden soll. Er räumt ein, es gebe Planungen zu der Talstraße, aber in den vergangenen Jahren habe man diese mehr vor dem Hintergrund einer städtebaulichen Aufwertung mit Begrünung gesehen. Aktuell erfolge eine Überarbeitung zum Thema Radverkehr. Die Ergebnisse (mit Preisschild) würden bis zur Sommerpause vorgestellt. Konkret gehe es um den Abschnitt vom Gelben Weg bis zur Wagenburgstraße. Nicht richtig sei die in der Antragsziffer 3 erfolgte Aussage, dass die Maßnahme bereits finanziert sei.

In der Folge wird der Antrag durch StR Körner (SPD), der sich für die Berichte bedankt, eingehend erläutert. Er unterstreicht, die Schadstoffwerte der Luft in der Talstraße stellen angesichts der großen Anzahl der dort wohnenden Menschen ein gravierendes Problem dar. Da Handlungsbedarf bestehe, sei seine Fraktion für den kurzfristigen Vorschlag, aber auch für die aufgezeigte Perspektive dankbar. Die mit dem Rosensteintunnel bestehende konzeptionelle Idee müsse konsequent umgesetzt werden (Reduzierung der Verkehre in der Tal- und der Hackstraße). Insofern würden die ersten Umgestaltungsüberlegungen sowie die veränderte Busführung begrüßt. Wichtig sei, dass frei werdender Raum durch den Radverkehr genutzt werde. Ziel der SPD-Gemeinderatsfraktion sei, der Verwaltung für die Etatberatungen mitzugeben, dass die Finanzierung der Begleitmaßnahmen zum Rosensteintunnel in der mittelfristigen Finanzplanung und im Doppelhaushaltsplan-Entwurf 2022/2023 berücksichtigt gehörten.

Die StRe Peterhoff (90/GRÜNE), Kotz (CDU), Ozasek (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), Serwani (FDP), Schrade (FW) und Goller (AfD) bedanken sich für die Berichte.

Nach Auffassung von StR Peterhoff kann man in Stuttgart stolz auf die in Sachen Luftreinhaltung erreichten Ergebnisse sein. Gelungen sei es, die Feinstaubwerte in den letzten drei Jahren einzuhalten, und somit gelte dieser Bereich als eingehalten. Dadurch, dass es in Stuttgart im letzten Jahr gelungen sei, deutschlandweit die größte NO<sub>2</sub>-Reduktion zu erzielen, habe man hier die "rote Laterne" abgegeben. Zu Recht habe die SPD-Gemeinderatsfraktion aber darauf hingewiesen, dass an der Talstraße weitere Maßnahmen notwendig seien. Davon, dass die Radinfrastruktur im besagten Bereich in weitesten Teilen hervorragend ist, geht StR Kotz aus. Eine zweite Röhre des Wagenburgtunnels, die Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion habe für den Radverkehr/für die Elektromobilität etc. einen entsprechenden Prüfantrag gestellt, wäre natürlich für den Radverkehr eine sehr gute Ergänzung. Hingewiesen wird von StR Ozasek, die Talstraße sei von flächigen Maßnahmen zur Luftreinhaltung erfasst. Die Rückgänge bei den Luftschadstoffen begrüßen die StRe Serwani und Schrade. Zu bedenken gibt StR Schrade, es seien dafür große Eingriffe in den Straßenverkehr, und durch Fahrverbote auch Eingriffe in das Eigentum von Menschen, erfolgt.

Nach Auffassung von StR Goller, der sich ablehnend zum Antrag äußert, findet nicht nur seit zwanzig Jahren, sondern bereits seit siebzig Jahren, eine stetige Luftverbesserung statt. Dies hätten die Industrie und die Wissenschaft ermöglicht. Stärker beleuchtet werden müssten die Schadstoffquellen und deren physikalische und chemische Wechselwirkungen, und zudem gehörten Messstationen nicht direkt an Straßen aufgestellt. Erforderlich sei ein langfristiges, nicht ideologisch und nicht populistisch motiviertes Konzept für eine effiziente Infrastruktur.

In der Folge legt BM Pätzold gegenüber StR Goller Wert darauf, dass seit Jahren auf der Basis fachlich fundierter Werte/Messungen/Untersuchungen diskutiert wird. Unterschiedlichste Planungen griffen sehr wohl ineinander. Von daher dem Rat vorzuwerfen, es würden populistische Konzepte vorangetrieben, sei falsch. Darüber, welche Maßnahmen sinnvoll seien, werde sehr intensiv diskutiert, da jede Maßnahme eine Abwägung im Sinne der verschiedenen Verkehrsarten darstelle. Die Fortschreibung des Luftreinhalteplanes sei ein langfristiges Instrument, welches auf der Basis fundierter Erfahrungen/Messungen und Vorschlägen in die Umsetzung gehe. Die Messreihen zeigten, dass die Bemühungen der letzten Jahre, wie beispielsweise der ÖPNV-Ausbau, die technischen Verbesserungen und verkehrslenkende Maßnahmen in ihrer Gesamtheit Wirkung zeigten.

Davon, dass die von Herrn Oehler angekündigten Untersuchungen Detailaussagen über stadtauswärts und stadteinwärts fließende Verkehre erlauben, geht StR Peterhoff aus. Diese Erkenntnisse würden sicherlich Rückschlüsse auf weitere Maßnahmen ermöglichen. Eine wesentliche Maßnahme im Rahmen der Begleitmaßnahmen zum Rosensteintunnel sei die städtebauliche Umgestaltung. Die noch offene Maßnahme müsse angegangen werden. Er wünscht sich weitere Informationen zur Zuflussreduzierung in die Talstraße. Die Begleitmaßnahmen, so StR Kotz, seien zu einer Zeit beschlossen worden, als auf der Cannstatter Straße noch keine Spur für den X1-Bus weggefallen sei und es noch deutlich weniger Überwege gegeben habe; es sei schwierig, den Verkehr beispielsweise auf der Talstraße zu reduzieren, wenn gleichzeitig dort, wohin der Verkehr verlagert werden solle, an der einen oder anderen Stelle Engpässe realisiert würden. Viele der vorgestellten Ideen sehe er als gut an, mit einem gewissen Fragezeichen versehe er jedoch die Maßnahme "Wegfall der zweiten Überkreuzungsspur über die Landhausstraße stadteinwärts". Wenn beim dortigen Autohaus auf der rechten Spur von Transportern Autos abgeladen würden, dies geschehe zu allen Tageszeiten, laufe die untere Talstraße voll. Das Mehr an Schadstoffbelastung könnten zusätzliche Baumstandorte nicht abarbeiten. Es gebe nun mal einen gewissen Grundverkehr aus Wangen, aus dem Stuttgarter Osten und aus Bad Cannstatt. Zumindest diese Verkehre müssten über die Talstraße abgewickelt werden. Richtig sei sicherlich zu versuchen, auch an dieser Stelle die Grenzwerte der Luftschadstoffe einzuhalten. Nur mit Rückbaumaßnahmen könne dies wohl aber nicht gelingen. Er zeigt sich offen, über ein Maßnahmenpaket mit mutigen Ideen zu sprechen.

Für StR Ozasek besteht bezüglich der Jahresmittelwert-Überschreitungen unbestritten Handlungsbedarf. Die Frage sei, wie und vor allem wann reagiert werde. Der nicht abgestimmte Umsetzungsvorschlag für den oberen Abschnitt der Talstraße beinhalte einige gute Ansätze. Seine Fraktionsgemeinschaft bitte jedoch, zur Aufwertung dieses Straßenabschnitts mehr Baumstandorte als vorgeschlagen zu prüfen. In der Vorplanung für den Umsetzungsvorschlag sei die Fahrradstraße in der Klingenstrasse nicht berücksichtigt. Die SPD-Gemeinderatsfraktion habe sich hier noch nicht festgelegt, ob sie diesen Weg mitgehen wolle. Durch diese Fahrradstraße könnte der Kreuzungsbereich

deutlich anders gestaltet werden. Klärungsbedarf artikuliert er dazu, was im Falle einer geänderten Linienführung der Buslinie 45 mit den frei werdenden Flächen geschehen soll. Das Anlegen von Ersatzparkplätzen im oberen Bereich habe seine Fraktionsgemeinschaft stets strikt abgelehnt. Weiter trägt er, bezogen auf die Frage der Umlegung der Buslinie 45 vor, seitens der Fahrradinitiativen werde präferiert, künftig der Landhausstraße eine Bündelungsfunktion für den Fahrradverkehr zu geben. Hierzu bittet er um eine Einschätzung der Verwaltung.

StR Serwani befürwortet die Umsetzung der Begleitmaßnahmen. Davon, dass die Möglichkeit weiterer Schadstoffreduzierungen besteht, da Maßnahmen erst im Verlauf des Jahres 2020 umgesetzt wurden, geht StR Schrade aus.

Zu der Anmerkung von StR Serwani, die Bürger gehörten bei den Begleitmaßnahmen rechtzeitig mitgenommen, und den Bürgern seien Ersatzparkplätze versprochen worden, informiert Herr Dr. Münter (L/OB), eine Mitarbeiterin und er würden morgen die Sofortmaßnahme im Bezirksbeirat Ost vorstellen. Zu den Stellplätzen problematisiert Herr Oehler, das dortige Parkraummanagement beinhalte die tatsächlich benötigten Stellplätze. Dieses Thema, aber auch die von StR Ozasek angesprochenen Themen würden von der Verwaltung aufgegriffen und in die Planung, die, wie gesagt, vor der Sommerpause vorgestellt werden soll, eingespielt. Zu hoffen sei, dass dieses mit der Durchgangsverkehrserhebung zusammenpasse.

Danach erklärt Herr Kapp, es gebe noch keine Grundlage, um bereits umgesetzte Maßnahmen zu evaluieren. Die derzeitige Situation spiegle nur in Teilen die Resultate der umgesetzten Maßnahmen wider. Darauf dass es zukünftig noch weitere Effekte gebe, deuteten auch die Prognosen für das Jahr 2021 hin. Eine Prognose besage, dass am Referenzmesspunkt Talstraße der Wert auch im laufenden Jahr eingehalten werden könne; in den letzten drei Monaten gebe es eine abnehmende Tendenz bei den Passivsammlern in der Talstraße. Die Werte der Talstraße aus dem Jahr 2020 "sind noch nicht das Ende der Fahnenstange bezüglich der Maßnahmenwirkung".

StR Ozasek fragt nach, auf welche Verkehrsmengen die Lichtsignalanlagen momentan ausgelegt sind und ob deren Programmierung noch Spielraum aufweist, um stärker auf die Schadstoffbelastung zu reagieren. Nach Kenntnis von Herrn Kapp wurde bei den Lichtsignalanlagen ein Schwachlastprogramm zeitlich ausgedehnt. Durch Herrn Dr. Münter wird ergänzt, in der Talstraße müssten mehrere Aspekte berücksichtigt werden. So würde ein weiter reduzierter Verkehrsfluss schnell zu Problemen bei der Verkehrssicherheit durch Rückstaus auf der Bundesstraße führen. Die genauen Zahlen könnten durch das Tiefbauamt nachgeliefert werden. Das bereits erwähnte Schwachlastprogramm sei zeitlich nach vorne gezogen worden, sodass über die Brücke schon früher nur noch ein geringer Zufluss stattfinde. Dies werde durch die IVLZ, verbunden mit der Frage der Rückstaulängen auf die Bundesstraße, genau evaluiert. Ebenfalls würden die Auswirkungen der Verlängerung der bestehenden Busspuren auf die Rückstaulängen evaluiert.

Eine Stadtbahnverbindung vom Neckartal hoch auf die Fildern ist für StR Körner wichtiger als ein Kfz-Tunnel für eine solche Verbindung. Entsprechende Prüfungen für den Nahverkehrsentwicklungsplan (NVEP) würden begrüßt. Laut StR Kotz könnte mit dem sogenannten Ostheimer Tunnel die zur Diskussion stehende Problematik durch die Untertunnelung der gesamten Talstraße komplett gelöst sein. Positiv zu einer Prüfung der angesprochenen Stadtbahnverbindung im Kontext mit dem NVEP äußert sich

StR Ozasek. Im selben Zusammenhang kann sich dieses Ratsmitglied angesichts der komplexen topografischen Situation vorstellen, dass in diesem Bereich eine Luftseilbahn die bessere Lösung wäre. Dieses sollte die Verwaltung ebenfalls beleuchten. Entsprechend äußert sich StR Serwani.

Für die anstehenden Planungen spricht StR Körner folgende Punkte an:

- Wenn von der B10 in Höhe des Gaskessels abgefahren werde und man nach Gaisburg hineinfahren wolle, gebe es zwei Möglichkeiten. Einmal könne man sich ordnungsgemäß in die beiden Linksabbiegespuren einreihen, verbunden mit der Hoffnung, die Grünphase der dortigen Lichtsignalanlage zu erreichen. Zum anderen gebe es die Möglichkeit, rechts abzubiegen und dann legal in einer Einfahrt rasch zu wenden. Die Reduzierung des Verkehrsflusses durch die Lichtsignalanlage stoße damit also auf Grenzen.
- In den letzten Monaten sei der Eindruck entstanden, dass durch mehr Arbeitsplätze am dortigen Daimler-Standort der Kfz-Verkehr in der Talstraße zugenommen habe; dort seien tausend Stellplätze temporär zugelassen. Er bittet dem nachzugehen und mit der Fa. Daimler über Alternativen zu sprechen.
- Das Angebot der Buslinie 45, die vom Stuttgarter Osten zum Daimler-Standort fahre, sei in den letzten beiden Jahren ausgedünnt worden. Zu prüfen sei, ob nicht durch eine bessere Anbindung des Daimler-Standortes an den ÖPNV eine Reduzierung des Kfz-Verkehrs in der Talstraße erreicht werden könne.

Seitens des Vorsitzenden wird zugesagt, auch diese Punkte mitzunehmen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben stellt BM Pätzold fest:

Der Verwaltungsausschuss hat vom Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Häbe / fr

## Verteiler:

- I. Referat SWU  
zur Weiterbehandlung  
Amt für Umweltschutz
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. S/OB  
S/OB-Mobil  
Klimaschutz
  3. BVinnen Mitte, Ost
  4. Stadtkämmerei (2)
  5. Rechnungsprüfungsamt
  6. L/OB-K
  7. Hauptaktei
  
- III.
  1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  2. CDU-Fraktion
  3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
  4. SPD-Fraktion
  5. FDP-Fraktion
  6. Fraktion FW
  7. AfD-Fraktion
  8. Fraktionsgemeinschaft PULS